

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

17. WP - 17. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. November 2010, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Susanne Herold (CDU)	Vorsitzende
Daniel Günther (CDU)	
Marion Herdan (CDU)	
Marc-Oliver Potzahr (CDU)	i. V. v. Heike Franzen
Wilfried Wengler (CDU)	
Martin Habersaat (SPD)	
Dr. Henning Höppner (SPD)	
Hans Müller (SPD)	
Kirstin Funke (FDP)	
Oliver Kumbartzky (FDP)	i. V. v. Cornelia Conrad
Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ellen Streitbürger (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	i. V. v. Anke Spoorendonk

**Weitere Abgeordnete**

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Björn Thoroë (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des Bildungsministers über den aktuellen Stand der Verhandlungen über das Gastschulabkommen mit Hamburg</b>	<b>6</b>
Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/1394	
Hierzu: Umdrucke 17/1380 und 17/1463	
<b>2. Gasunglück an der Gemeinschaftsschule in Heide</b>	<b>9</b>
<b>3. Bericht für 2009 nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“</b>	<b>10</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/831	
(überwiesen am 8. Oktober 2010 zur abschließenden Beratung)	
<b>4. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes - Stärkung der Freien Schulen</b>	<b>11</b>
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/510	
<b>b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/858	
(überwiesen am 6. Oktober; Verfahrensfragen)	
hierzu Umdrucke: 17/1310, 17/1311, 17/1328, 17/1387, 17/1393	
<b>5. Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2009/10</b>	<b>12</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/832	
(überwiesen am 6. Oktober 2010 zur abschließenden Beratung)	

- 6. Bericht des Bildungsministeriums über den Ergebnisstand der Arbeitsgruppe Soziale Ermäßigung (Kita)** 13
- Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 17/1358
- 7. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der 331. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 14./15. Oktober 2010 in Berlin** 14
- 8. Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken** 15
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/500
- Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/555 (selbstständig)
- (überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)
- Berichts Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Umdruck 17/1461
- 9. a) Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck** 16
- Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/519
- (überwiesen am 18. Juni 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)
- b) Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 1. April 2015**
- Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung -
- (überwiesen am 10. September 2010 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)
- c) Anwendungsvereinbarung schließt Privatisierung des UK S-H bis zum 1. April 2015 aus - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten**
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

Umdruck 17/1462

**10. Hochschulpakt II: Ergebnisse der Verhandlungen mit den Hochschulen** 17

Berichtsanhträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD  
Umdrucke 17/1357 und 17/1429

**11. Bericht des Wissenschaftsministeriums über Konsequenzen der Aussetzung  
der Wehrpflicht für den Hochschulstandort Schleswig-Holstein** 18

Berichtsanhtrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 17/1395

**12. Bericht des Wissenschaftsministeriums zum Wechsel des IFM-GEOMAR zur  
Helmholtz-Gemeinschaft** 19

Berichtsanhtrag der Fraktion des SSW  
Umdruck 17/1314

**13. Verschiedenes**

Die Vorsitzende, Abg. Herold, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW bei Enthaltung der SPD wird die Beschlussfassung zu dem in der vorläufigen Tagesordnung aufgeführten Punkt „Medizinstudienplätze an den Universitäten Kiel und Lübeck“ auf die nächste Sitzung verschoben. Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Abg. Dr. Höppner, die Beschlussfassung über den Antrag der LINKEN „Integrierte Ausbildungsstatistik für Schleswig-Holstein einführen“ (Drucksache 17/605) zurückzustellen, bis die Ergebnisse der Pilotprojekte vorliegen.

Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministers über den aktuellen Stand der Verhandlungen über das Gastschulabkommen mit Hamburg**

Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 17/1394

hierzu: Umdrucke 17/1380 und 17/1463

M Dr. Klug teilt mit, nachdem man ein Dreivierteljahr mit Hamburg verhandelt und sich im Wesentlichen angenähert habe, habe Hamburg in der letzten Gesprächsrunde Mitte Oktober plötzlich einen völlig neuen Vorschlag präsentiert, der die bisherige Verhandlungsgrundlage komplett verändere. Während bisher der Grundsatz der prinzipiellen Beschulung im eigenen Land gegolten habe, schlage Hamburg nun vor, dass schleswig-holsteinische Gemeinden Schüler auf Hamburger Schulen entsenden könnten und dafür einen Schulkostenbeitrag zahlen müssten. Das Land müsste die Personalkostenanteile übernehmen, ohne Einfluss darauf zu haben, in welchem Umfang von einer solchen Entsendemöglichkeit Gebrauch gemacht werde. Einen solchen Blankoscheck halte man für nicht akzeptabel und für die Planungssicherheit in der Schulentwicklungsplanung im Hamburger Umland für abträglich.

Abg. Habersaat appelliert an die Koalitionsfraktionen, endlich zu einer Lösung zu kommen. Die Frage der Heimkinder sollte getrennt vom Gastschulabkommen behandelt werden. Die SPD halte es für durchaus zumutbar, die Wohnsitzgemeinden an den Kosten einer Beschulung in Hamburg zu beteiligen.

Abg. Strehlau setzt sich für eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung von Schleswig-Holstein und Hamburg ein. Sie möchte wissen, wie hoch die Aufnahmekapazitäten der Schulen im Hamburger Rand und inwieweit die Schulen tatsächlich ausgelastet seien.

M Dr. Klug bedauert, dass das Grundprinzip, auf dessen Basis man ein Dreivierteljahr verhandelt habe, durch den neuen Vorschlag von Hamburg über Bord geworfen werde, der eine Einigung im Oktober verhindert habe, obwohl man sich hinsichtlich der Altfallproblematik auf eine Ausklammerung und auch hinsichtlich der Heimkinder zwischenzeitlich verständigt habe.

Abg. Herdan erklärt, die CDU erwarte, dass die Verhandlungspartner möglichst bald eine dauerhaft verlässliche Lösung für die Schülerinnen und Schüler im Hamburger Umland fänden. Die von der grünen Schulsenatorin in Hamburg in den Haushalt eingestellte und von den Grünen übernommene Summe von 20 Millionen € sei eine Provokation.

Abg. Funke äußert sich in die gleiche Richtung. Es sei bedauerlich, dass die Verhandlungen, die einen guten Stand erreicht hätten, durch das Vorgehen der Hamburger Seite erschwert würden.

Abg. Strehlau begrüßt den Vorschlag, dass schleswig-holsteinische Schüler eine Schule in Hamburg besuchen könnten und die Gemeinde und das Land dafür den Betrag zahlen müssten, den der Schüler auch in Schleswig-Holstein kosten würde. Die Kommunen würden einer Beschulung in Hamburg nur zustimmen, wenn ihre eigenen Schulen ausgelastet seien. Sie beantragt, dass der Bildungsausschuss eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft durchführt.

Abg. Harms fragt nach einem Zeitplan für die Verhandlungen.

Abg. Streitbürger macht darauf aufmerksam, dass der Hamburger Schulstaatsrat schon Ende Juni auf einer Veranstaltung bekannt gegeben habe, dass Schüler aus Schleswig-Holstein in Hamburg willkommen seien, allerdings nicht auf Kosten der Hamburger Steuerzahler.

Abg. Erdmann fragt den Bildungsminister, an welcher Stelle sich Schleswig-Holstein in den Verhandlungen auf Hamburg zubewegt habe.

Abg. Dr. Höppner hält es für sinnvoll, eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg durchzuführen, schleswig-holsteinische Schüler in Hamburg beschulen zu lassen, die schleswig-holsteinischen Schülerkostensätze zugrunde zu legen und die Wohnsitzgemeinden

finanziell heranzuziehen. Denn Schleswig-Holstein wäre nicht in der Lage, 4.000 Schülerinnen und Schüler mit den vorhandenen Kapazitäten im eigenen Land zu beschulen.

M Dr. Klug äußert, er hoffe, dass man bei dem Gespräch in zwei Wochen zu einer Einigung kommen werde. In den Fragen der Altfallproblematik, der Heimkinder und des Zugangs zu Schulen in freier Trägerschaft habe man sich aufeinander zubewegt. Dann habe Hamburg seinen völlig neuen Vorschlag präsentiert, der für Schleswig-Holstein nicht akzeptabel sei, weil die Entwicklung der Schülerströme unkalkulierbar und keine Planungssicherheit möglich wäre. Während schleswig-holsteinische Gemeinden die Schulträgerkosten übernehmen müssten, müsste das Land Dreiviertel oder Vierfünftel der Personalkostenanteile übernehmen, ohne vorher einschätzen zu können, wie viele Fälle einträten. Der Minister weist darauf hin, dass der Grundsatz der Beschulung im eigenen Land und die Begrenzung des offenen Zugangs zu Schulangeboten im anderen Land auf Ausnahmen auf einer vertraglichen Vereinbarung der damaligen rot-grünen Landesregierung aus dem Jahr 2004 basierten, an die sich Hamburg nicht gehalten habe und nun Zahlungen für die Altfälle fordere. Die Umsetzung des Hamburger Vorschlags würde dazu führen, dass das Land die Entwicklung der Schülerströme nicht mehr im Griff hätte.

St Zirkmann teilt mit, hinsichtlich der Zahl der Heimkinder hätte man eine Einigung mit Hamburg erzielen können. Die Geschwisterkinderregelung zähle zu den Härtefällen, die im Einzelnen geprüft würden. Eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg sei langfristig sinnvoll.

Der Antrag von Abg. Strehlau, eine gemeinsame Sitzung mit dem Hamburger Schulausschuss durchzuführen, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW abgelehnt.

Abg. Herdan erklärt, die Aushandlung eines Gastschulabkommens sei Aufgabe der Regierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein und nicht der Parlamente.

Die Vorsitzende wiederholt im Namen des Bildungsausschusses den Appell an die Verhandlungspartner, möglichst schnell zu einer einvernehmlichen Lösung im Sinne der betroffenen Schülerinnen und Schüler sowie Eltern zu kommen.



Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Gasunglück an der Gemeinschaftsschule in Heide**

St Zirkmann unterrichtet den Ausschuss darüber, dass es im Schulzentrum Heide-Ost einen Gasunfall gegeben habe. 300 Menschen seien evakuiert, 100 Menschen untersucht und 10 Menschen ins Krankenhaus gebracht worden. In einer Toilette im Erdgeschoss seien Gase entstanden, die wahrscheinlich auf unerlaubtes Experimentieren von Schülern mit Chemikalien zurückzuführen seien. Die Schule sei geräumt und bleibe am Freitag geschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht für 2009 nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der  
„Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/831

(überwiesen am 8. Oktober 2010 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/831 ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes - Stärkung der Freien Schulen**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/510

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/858

(überwiesen am 6. Oktober; Verfahrensfragen)

hierzu Umdrucke: 17/1310, 17/1311, 17/1328, 17/1387, 17/1391, 17/1417

Der Ausschuss kommt überein, im Dezember eine ganztägige Anhörung durchzuführen. Die Vorsitzende bittet die Fraktionen, dem Ausschussgeschäftsführer mitzuteilen, welche Anzuhörenden um eine schriftliche Stellungnahme gebeten und welche Anzuhörenden darüber hinaus mündlich angehört werden sollen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2009/10**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/832

(überwiesen am 6. Oktober 2010 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/832 ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über den Ergebnisstand der Arbeitsgruppe Soziale Ermäßigung (Kita)**

Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 17/1358

M Klug trägt vor, dass die Meinungsbildung in der kommunalen Familie noch nicht abgeschlossen sei. Das Ministerium beabsichtige, in der ersten Hälfte des Jahres 2011 durch ein Gesetzgebungsverfahren sicherzustellen, dass eine vernünftige Neuregelung zum Beginn des Kita-Jahres 2011/12 in Kraft treten könne. Die Arbeitsgruppe werde das nächste Mal am 7. Dezember tagen.

Auf Fragen von Abg. Erdmann erläutert RL Dr. Hempel, die Berechnung der finanziellen Auswirkungen für die Kreise hänge wesentlich davon ab, ob der einfache Regelsatz oder der doppelte Satz zugrunde gelegt werde. Die Frage der sozialen Ermäßigung sei ein Teilaspekt der Änderung von § 25 des Kindertagesstättengesetzes.

Auf eine weitere Frage von Abg. Erdmann stellt St Zirkmann klar, gemäß dem Auftrag des Landtags arbeite das Land mit den Kommunen daran, zu einer Angleichung der sozialen Ermäßigungen zu kommen. Neben der Aufstockung der Landesmittel für die Kita-Finanzierung um 10 Millionen € gewähre das Land an dieser Stelle keine Extramittel.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der 331. Plenarsitzung  
der Kultusministerkonferenz am 14./15. Oktober 2010 in Berlin**

M Dr. Klug berichtet über die Gründung des Zentrums für internationale Bildungsvergleichsstudien, an dem das IPN beteiligt sei. Schwerpunkt des nächsten Bildungsberichts im Jahr 2012 des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung werde die kulturelle und musisch-ästhetische Bildung sein.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/500

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/555 (selbstständig)

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Berichtsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Umdruck 17/1461

Einstimmig wird der Berichtsantrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 17/1461, angenommen. Auf der Grundlage des von der Landesregierung erbetenen Berichts soll in der nächsten Sitzung, am 2. Dezember 2010, über die beiden Drucksachen entschieden und versucht werden, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu verständigen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**a) Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/519

(überwiesen am 18. Juni 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

**b) Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 1. April 2015**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung -

(überwiesen am 10. September 2010 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)

**c) Anwendungsvereinbarung schließt Privatisierung des UK S-H bis zum 1. April 2015 aus - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Umdruck 17/1462

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW empfiehlt der Ausschuss, die Anträge Drucksachen 17/519 und 17/706 (neu) - 2. Fassung - abzulehnen und den Antrag Drucksache 17/1462 anzunehmen.



Punkt 10 der Tagesordnung:

### **Hochschulpakt II: Ergebnisse der Verhandlungen mit den Hochschulen**

Berichtsanhträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD  
Umdrucke 17/1357 und 17/1429

Auf Fragen von Abg. Andresen und Habersaat antwortet Herr Sprüssel, die Zielvereinbarungen seien mit den einzelnen Hochschulen ausverhandelt und vonseiten der Hochschulen zustimmungsfähig.

St Dr. Andreßen sagt zu, den Bildungsausschuss im November über die auf die einzelnen Hochschulen entfallenden zusätzlichen Studienanfängerplätze nach dem Hochschulpakt II zu unterrichten. Die Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein gemeinsames Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre stehe noch am Anfang. Die Hochschulen könnten innerhalb des Rahmens Anträge stellen.

Abg. Habersaat fragt das Wissenschaftsministerium, wie es sicherstelle, dass von schleswig-holsteinischen Hochschulen ausreichend geeignete Anträge gestellt würden und auf Schleswig-Holstein entfallene Gelder nicht in andere Bundesländer fließen sowie eine regionale Streuung der Mittel realisiert werde.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Bericht des Wissenschaftsministeriums über Konsequenzen der Aussetzung der Wehrpflicht für den Hochschulstandort Schleswig-Holstein**

Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 17/1395

St Dr. Andreßen legt dar, die Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz habe Anfang November getagt. Konkrete Zahlen könne sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgrund der vielen Unwägbarkeiten weder bestätigen noch nennen und lägen frühestens im Dezember vor. Eine Frage von Abg. Andresen beantwortet sie dahin, grundsätzlich habe das Land ein Interesse daran, allen Interessierten einen Ausbildungs- beziehungsweise Studienplatz zu ermöglichen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Bericht des Wissenschaftsministeriums zum Wechsel des IFM-GEOMAR  
zur Helmholtz-Gemeinschaft**

Berichts Antrag der Fraktion des SSW  
Umdruck 17/1314

Auf Fragen der Abg. Harms und Andresen führt St Dr. Andreßen aus, das sogenannte Kieler Modell werde auch in der Helmholtz-Gemeinschaft weiter existieren, die Professoren blieben Mitglieder der Fakultät und würden vier Semesterwochenstunden lehren, es gebe eine große Bereitschaft, GEOMAR in seiner Arbeitsfähigkeit voll zu erhalten. Die verbeamteten und angestellten Wissenschaftler könnten bei der DFG keine Anträge stellen; das müsse durch die Programmpauschale von Helmholtz ausgeglichen werden. Man sei mit den anderen Partnern in der Helmholtz-Gemeinschaft in gutem Dialog; der Forschungsbereich „Blauer Ozean“ ergänze die Forschungsaktivitäten von Helmholtz.

Punkt 13 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) Abg. Habersaat bittet das Bildungsministerium um Stellungnahme zu dem Vorwurf von Elternvertretungen, **Fortbildungen** des IQSH für **Elternvertretungen** seien aus finanziellen Gründen auf Eis gelegt worden.

b) Abg. Erdmann möchte vom Bildungsministerium wissen, wie viele Anträge auf Gründung einer Schule in freier Trägerschaft vorlägen und wie viele das Bildungsministerium davon bereits genehmigt habe. Außerdem erkundigt sie sich nach dem Stand der Überlegungen zur Neuregelung der **Privatschulfinanzierung**.

M Dr. Klug verdeutlicht die Schwierigkeiten bei der Berechnung der Zuschüsse nach den Schülerkostensätzen, für die die Pensionskosten, die in den nächsten Jahren erheblich anstiegen, eine maßgebliche Rolle spielten.

St Zirkmann teilt mit, auf der Basis der Schülerzahlen des Schuljahres 2010/11 werde man eine Neuregelung der Privatschulfinanzierung vorlegen.

c) Abg. Streitbürger fragt nach der Umsetzung des Bundesprogramms zur frühen **Sprachförderung** in Schleswig-Holstein.

M Dr. Klug führt aus, bis zu 130 Einrichtungen in Schleswig-Holstein, insbesondere Einrichtungen mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und zusätzlichem Förderbedarf, würden von diesem Programm partizipieren und ab März 2011 eine zusätzliche personelle Unterstützung für eine intensivere Sprachförderung erhalten können.

Die Vorsitzende, Abg. Herold, schließt die Sitzung um 16:20 Uhr.

gez. Susanne Herold

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer